

Wer heute von Solidarität redet, darf von Identitätspolitik nicht schweigen? Intersektionale Konflikte in sozialen Bewegungen

Michaela Zöhrer

Angaben zur Veröffentlichung / Publication details:

Zöhrer, Michaela. 2024. "Wer heute von Solidarität redet, darf von Identitätspolitik nicht schweigen? Intersektionale Konflikte in sozialen Bewegungen." In *Intersektionale Solidarität: Beiträge zur gesellschaftskritischen Geschlechterforschung*, edited by Kirstin Mertlitsch, Brigitte Hipfl, Verena Kumpusch, and Pauline Roeseling, 105–16. Opladen: Barbara Budrich. <https://doi.org/10.3224/84742667>.

Nutzungsbedingungen / Terms of use:

CC BY 4.0



Wer heute von Solidarität redet, darf von Identitätspolitik nicht schweigen? Intersektionale Konflikte in sozialen Bewegungen

Michaela Zöhrer

1. Einleitung: Zur Popularität von Identitätspolitik-Kritik

Konzept und Praxis der Identitätspolitik sind genauso wenig neu wie die kritische Auseinandersetzung mit konkreten oder mutmaßlichen Identitätspolitiken.¹ Nichtsdestotrotz haben Diskussionen hierzu, zumindest im deutschsprachigen Raum, erst in den letzten Jahren eine erste Hochkonjunktur erfahren.² Sie haben dies in dem Moment, in dem sie aus dem Dunstkreis einiger weniger aktivistischer und akademischer Debatten herausgetreten und in die Gefilde feuilletonistischer, populär-wissenschaftlicher und parteipolitischer Sphären vorgedrungen sind. Im Zuge dessen wurde Identitätspolitik nicht nur zu einem bekannten Schlagwort, sondern auch zum Reizwort (wenn nicht Kampfbegriff), das heute mutmaßlich deshalb mit einer vorrangig negativen Konnotation belastet ist, weil es insbesondere dann mit spezifischen – an sich vielfältigen – Themen und Kontexten assoziiert wird, wenn diese in der Kritik stehen. So wird Identitätspolitik nicht nur für Erklärungen von Wahl(miss)erfolgen bemüht oder grundlegend für eine (Selbst-)Schwächung linker politischer Kräfte verantwortlich gemacht; assoziiert werden mit Identitätspolitik beispielsweise Aspekte wie neue Formen des Genderns in geschriebener und gesprochener Sprache, Triggerwarnungen, Uni-Sex-Toiletten oder Safe Spaces,

1 Der Untertitel des vorliegenden Aufsatzes ist wortgleich zum Titel eines Textes von Ilse Lenz (2019). Mit Blick auf intersektionale Konflikte (und ein prozessuales Verständnis von Intersektionalität voraussetzend) nennt sie das Beispiel, dass „Schwarze Frauen, Einwanderinnen oder auch Lesben im Bewegungsraum aktiv und sichtbar werden und ausschließende und herrschaftliche Diskurse kritisieren und eigene Ziele formulieren“, womit sie die „intersektionalen Ungleichheiten und ihre Spannungen in der Gesellschaft und im Bewegungsraum aus[tragen]“ (ebd.: 420).

2 Insbesondere in den USA und im Vereinigten Königreich stellt sich das anders dar.

und sie gilt als ursächlich für ‚Cancel Culture‘ und eine Gefährdung der Wissenschaftsfreiheit. Unabhängig davon, welcher Beispielfall oder -kontext konkret im Fokus steht: sehr häufig schwingt der Vorwurf mit oder wird dezidiert erhoben, „Identitätspolitik fragmentiere die Gesellschaft und unterminiere Solidarität“ (Ayyash 2019: 3). Es ist dieser *in praxi* vielstimmig und vielfältig artikulierte Vorwurf, mit dem Identitätspolitik häufig delegitimiert wird.

Die Frage „Wer heute von Solidarität redet, darf von Identitätspolitik nicht schweigen?“ drängt sich für mich nicht nur aufgrund der gegenwärtigen Popularität von Identitätspolitik-Kritik auf. Darüber hinaus steht die Frage deshalb im Raum, weil das Verhältnis von Identitätspolitik und Solidarität doch sehr konträr eingeschätzt wird. So zeigen etwa aktuelle wie auch schon frühere feministische und antirassistische Diskussionen, dass Identitätspolitik aus Sicht Vieler der Idee und Praxis von Solidarität entgegensteht, während es gleichzeitig Stimmen und Betrachtungsweisen gibt, die das anders beurteilen (ohne deshalb per se oder stets unkritisch gegenüber Identitätspolitiken sein zu müssen).

Ich berücksichtige im Folgenden nicht nur einige jener gegenwärtig dominanten Kritiken, die vonseiten der „großen Koalition der Anti-Identitätspolitik“ (van Dyk 2019: 25) mit dem „I-Wort“ (Watty/Thomey 2021) in Zusammenhang gebracht werden und anhand unterschiedlicher Strategien auf die Delegitimierung von Identitätspolitiken zielen.³ Zusätzlich rücke ich feministische und antirassistische Vorbehalte gegenüber Identitätspolitik in den Fokus – und dabei vor allem jene Betrachtungen zu Identitätspolitik, die ihre Bedeutung für emanzipatorische Kämpfe marginalisierter Personengruppen prinzipiell hochhalten, ohne damit einhergehende Gefahren zu übergehen.⁴

3 Silke van Dyk (2019) unterscheidet drei solcher Strategien der Delegitimierung: den „Vorwurf der Spaltung und der Durchsetzung partikularer Interessen“ (ebd.: 27), um den es mir in diesem Beitrag vor allem geht; den „Vorwurf der Ablenkung vom Wesentlichen“ (ebd.) à la „Kulturtheater und Schönwetterpolitik“ (ebd.: 29) und den „Vorwurf der Komplizenschaft mit dem Neoliberalismus“ (ebd.: 31).

4 Ein Unterschied zwischen delegitimierenden bzw. fundamentalkritischen Identitätspolitik-Kritiken (im Weiteren auch Anti-Identitätspolitik-Kritiken oder Fundamentalkritiken) zu moderaten Kritiken macht sich bereits an der Rede von „Gefahren“ fest. Bei letzteren Kritiken geht es eben nicht um eine grundlegende Ablehnung von Identitätspolitik und der mit dem Begriff assoziierten Praktiken, sondern um eine gesteigerte Aufmerksamkeit für jene Momente, in denen Identitätspolitik (nach dem einen oder anderen Maßstab) ‚vom rechten Weg abkommt‘, ‚aus dem Ruder läuft‘, ‚über das Ziel hinausschießt‘ usw. Es geht damit – potentiell – zugleich um „ein kritisches Lernen aus Erfolgen und Fehlern“ (van Dyk 2019: 25).

2. Identitätspolitik allenthalben?

Je mehr in den letzten Jahren über Identitätspolitik geschrieben wurde, umso mehr Deutungsvielfalt (und Unklarheit) ist hinsichtlich der Frage entstanden, was Identitätspolitik ist oder ausmacht. Das zeigt sich mit Blick darauf, welche Aspekte heute unter dem Label „Identitätspolitik“ subsumiert werden, aber auch welche ‚politischen Strömungen‘ gemeinsam in *nur eine Schublade „Identitätspolitik“* geworfen werden. So wichtig und richtig die Beobachtung Patricia Purtscherts (2017: 20) ist, dass „jede Politik [...] auf ihre partikulare Ausgangslage zurückgeführt werden“ könne, so hat der Umstand, dass heute auch von zum Beispiel „rechter Identitätspolitik“ die Rede ist, sicherlich nicht zu einer Schärfung des Begriffs oder gar zur Verbesserung seines Rufs und der mit ihm assoziierten Anliegen und Praktiken beigetragen. Wenn „linke, rechte, islamistische, feministische, separatistische usw.“ (Richardt 2018: 7) Identitätspolitiken undifferenziert im selben Atemzug genannt werden, dann geht damit unweigerlich eine Rufschädigung jener emanzipatorischen sozialen Bewegungen einher, für die der Begriff ehedem reserviert war.

Bereits die angesprochenen Entwicklungen liefern nachvollziehbare Gründe dafür, den Begriff der Identitätspolitik verabschieden zu wollen. Beispielsweise Mona Singer schreibt im Jahr 2020, dass sie aufgrund „der derzeitigen so leichtfertigen Handhabung des Terminus ‚Identitätspolitik‘“ den Begriff „nunmehr als verkommen“ ansehe – und somit „aus der politischen Rhetorik kaum rückholbar für eine differenzierte Verhandlung politischer Fragen“ (Singer 2020: 91).⁵ Ich bin in meiner Beschäftigung mit (Debatten rund um) Identitätspolitik ähnlich wie Singer auch schon an jenen Punkt gekommen, den Begriff – als politischen, vor allem aber konzeptuellen Begriff – verabschieden oder eben ersetzen zu wollen. Nichtsdestotrotz halte ich in diesem Beitrag, den ich vor allem als ein Votum *gegen* die Option verstehе, über die mit Identitätspolitik ans Licht tretenden Konflikte hinwegzugehen bzw. zu schweigen, an ihm fest. Im Weiteren werde ich vor allem darauf hinarbeiten, die Bedeutung von Identitätspolitik als Triebfeder „intersektionale[r] Konflikte in sozialen Bewegungen“ (Lenz 2019) herauszustreichen. Zugrunde liegt die Annahme, dass Konflikte in sozialen Bewegungen wichtig und produktiv sein können,

5 Singer (2020: 90) plädiert dafür, „Identitätspolitik nun mit rechter Identitätspolitik gleichzusetzen“, um mit dem Begriff jene Politik zu kennzeichnen, die „Kollektive identifiziert“ (ebd.), also etwa rassistische und sexistische Politik der wirkmächtigen und oftmals gewaltvollen Identifizierungen ‚Anderer‘. Eine Bezeichnung des „Widerstands gegen das so Identifiziert-Werden“ (ebd.: 87) als linke Identitätspolitik lehnt sie ab und bringt hierfür den weniger belasteten Begriff der Interessenspolitiken ins Spiel.

also im Rahmen bestehender und möglicher Bündnisse keineswegs notwendig destruktiv und spaltend sind oder sein müssen.

3. Identitätspolitik als sozialer Spaltpilz?

Die mich in diesem Beitrag besonders interessierenden Kritiken sind jene, denen zufolge Identitätspolitik einem Verbunden-Sein oder auch Verbunden-Werden in Differenz entgegenstehe. Diese vergleichsweise nüchterne Formulierung soll nicht darüber hinwiegäuschen, dass speziell für viele Fundamentalkritiker*innen mit Identitätspolitik nicht weniger als der gesellschaftliche Zusammenhalt auf dem Spiel zu stehen scheint.⁶ Karsten Schubert und Helge Schwiertz (2021: 565) fassen die *en detail* recht diversen Kritiken an einer „spaltenden Identitätspolitik“ wie folgt zusammen: Identitätspolitik „schreibe Subjekte auf deren soziale Position fest und ergehe sich in einer Politik der Partikularität, die zu Spaltungen der nationalen Bürgerschaft und des demokratischen Diskurses (kommunitaristische und liberale Position) und zu Spaltungen innerhalb gesellschaftskritischer Bewegungen führe (kritische Position).“

Kritiken aus bürgerlich-liberaler Perspektive störten sich beispielsweise – so Albert Scherr (2021: 356) – am „Kollektivismus identitätspolitischer Konzepte“. Dabei wird in Anti-Identitätspolitik-Kritiken gar nicht so selten die (mutmaßlich auch Scherr) extrem erscheinende Behauptung angeführt, dass Identitätspolitiken „kollektive Identitäten und Interessen als vorrangig betrachten und die Würde des Individuums und individuelle Rechte demgegenüber als nachrangig oder vernachlässigbar einordnen“ (ebd.).⁷ Identitätspolitik wird jedoch nicht immer als „demokratiefeindlicher Anti-Individualismus“ (Richardt 2018: 7) kritisiert, geschweige denn stets als ‚Gegenspieler‘ eines Individualismus gefasst. Vielmehr wird ihr auch „eine vorpolitische Fixierung auf das Individuelle“ (Strauß 2019: 5) kritisch bescheinigt oder gegenwärtige Identitätspolitik wird als „subjektivierte [...] Politik“ (Lilla 2018: 35) beschrieben: Seit den 1980er Jahren habe sich die Ausrichtung von Identitätspolitik auf das Individuum verschoben (ebd.). Anders als in der ‚alten Identitätspolitik‘ früherer sozialer Bewegungen, gehe es Identitätspolitik heute – so Mark Lilla (2018: 36) mit Blick auf die USA – „immer mehr um Selbstentfaltung, Selbstbehauptung und Selbstfindung.“

6 Gesellschaft bezieht sich in Debatten zu Identitätspolitik in aller Regel auf einen national-staatlichen Kontext.

7 Hierzu passt, gemäß meiner letzten intensiveren Sichtung im Oktober 2021, das Gros der web-öffentlichen Beiträge zu *identity politics* im Areo Magazin.

Solch de-politisierende und ‚vereinzelnde‘ Formen und Effekte von Identitätspolitik werden häufig befürchtet oder gelten bereits als ausgemacht – und mit ihnen eine gesellschaftliche Spaltung, die daher röhre, dass sich Kollektive zu sehr oder ausschließlich auf sich und Eigenes (eigene Belange, ‚Befindlichkeiten‘ usw.) fokussierten. In der Kritik steht die (Über-)Fokussierung auf eine nur mehr „sehr begrenzte Gemeinsamkeit“ (Scherr 2021: 357), etwa auf Kosten eines Denkens und Handelns im Sinne des Gemeinwohls. „Immer mehr Identitäten erheben Anspruch auf Anerkennung und Schutz, wollen sich aber nicht mehr zu einem Ganzen bekennen – außer dem Ganzen, das sie selbst zu sein meinen“ (Strauß 2019: 6).

Führt Identitätspolitik also dazu, dass sich Gruppen separieren und sich nicht mehr um ‚gesamtgesellschaftliche‘ Belange kümmern – etwa aufgrund ihrer „narzisstischen Selbstfixierung“ (Richardt 201: 8)? Patricia Purtschert (2017: 20) kommt zum gegenteiligen Schluss: „Identitätspolitik bedeutet [...] nicht, dass sich eine gesellschaftlich abgesonderte Gruppe mit ihren spezifischen Problemen beschäftigt, sondern dass aus einer marginalisierten Perspektive Missstände aufgezeigt werden, die mitten ins Herz der Gesellschaft führen.“

4. Partikularismus – na und?

Es sind Kritiken wie jene an einem „spalterische[n] Partikularismus“ (Richardt 2018: 7), die pauschal proklamieren, dass Identitätspolitiken den gesellschaftlichen Zusammenhalt gefährdeten. Konstatiert wird mit Blick auf entsprechende Kritiken, dass diese von einer „schädlichen Verhärtung politischer Positionen durch den Bezug auf wesenhafte Gruppenidentitäten“ (Schubert/Schwartz 2021: 570) ausgingen. Zudem werde oftmals angenommen, „dass Identitätspolitik Partikularinteressen von Minderheiten zulasten eines – unterschiedlich gefassten – Allgemeinen vertrete“ (van Dyk 2019: 26).

Der Partikularismus-Vorwurf erscheint mir besonders aufschlussreich, berücksichtig man die Vielfalt an kritischen Näherungen an Identitätspolitik und bezieht folglich etwa auch jene Kritiken und Vorbehalte mit ein, die nicht per se den Wert identitätspolitischer Praxis bestreiten, aber dennoch Gefahren ausmachen, die mit ihr einhergehen (können). Denn während es zumindest gewisse (!) Parallelen zu geben scheint, wenn es um eine mögliche De-Politisierung im Zuge von Identitätspolitik oder um Essentialismus-Kritiken geht (dies wird gleich noch deutlicher werden), trifft das auf den Partikularismus-Vorwurf nicht zu. Im Gegenteil scheint Partikularität bzw. Partikularismus konstitutiv für ein *mindestens* wohlwollendes Verständnis emanzipatorischer Identitätspolitik. Schubert und Schwartz (2021: 568) halten sogar, in definitorischer

Manier, fest: „Identitätspolitik ist eine kulturell-politische Konstruktion von Partikularität“.

Partikularismus erfährt damit eine gänzlich andere Bewertung als der „Vorwurf der Spaltung und der Durchsetzung partikularer Interessen“ nahelegt, der sich überall dort findet, „wo das universalistische Versprechen der Moderne in Abgrenzung zum Partikularismus als Realität gesetzt statt als Leitbild verstanden wird“ (van Dyk 2019: 27).⁸ Ein entsprechender Vorwurf verkennt, dass demokratische Versprechungen der Gleichheit oder auch Teilhabe eben noch nicht für alle gleichermaßen realisiert sind (hierzu auch Schubert/Schwierz 2021). Oder, wie es Purtschert (2017: 17) auf den Punkt bringt: „Gleichheit ist aber kein Maßstab, auf den wir uns alle gleichermaßen beziehen“.

Anknüpfend an entsprechende Überlegungen lässt sich Identitätspolitik als Politik „der Antidiskriminierung und Herrschaftskritik, die Partei ergreift für alle, denen eine Existenz als Subjekt unter Gleichen verwehrt wird“ (van Dyk 2019: 25), verstehen, die „als grundlegende Kritik an einem liberalen Gleichheitsversprechen entstanden ist, das für viele Menschen auch heute noch ungelöst bleibt“ (Purtschert 2017: 15). Vor dem Hintergrund des Universalismus als „moderne Realfiktion“ (Villa Braslavsky 2020a: 74) treten bestehende Diskriminierungs- und Unterdrückungsverhältnisse, die Effekte andauernder wirkmächtiger Fremd-Identifizierung⁹ sind, klar(er) zutage, und es gilt die gesellschaftliche Aufmerksamkeit auf partikulare Interessen und damit auch auf spezifische Erfahrungen und Perspektiven zu lenken. Häufig werden im Zuge dessen Universalismen als hegemoniale Praktiken bzw. Politiken ‚demaskiert‘, die ihre eigene Partikularität ansonsten erfolgreich zu leugnen bzw. zu invisibilisieren imstande sind. Silke van Dyk (2019: 27) versteht emanzipatorische Identitätspolitik dezidiert „als Ausdruck eines rebellischen Universalismus, der – zum Beispiel in der Frauenbewegung, durch queere Interventionen oder antirassistische Kämpfe – aufzeigt, wie das ‚Normale‘, das ‚Allgemeine‘ und ‚Menschliche‘ partikular weiß, männlich, gesund und heterosexuell bestimmt war und ist.“

8 Partikularismus erscheint gemäß dieser Prämissen als anachronistisch, wenn nicht gar regressiv.

9 Angefangen werden anti-identitätspolitische Erzählungen meist mit der Selbst-Identifizierung von Gruppen, anstatt mit der vorausgehenden wirkmächtigen Fremd-Identifizierung.

5. Lauernde Gefahren

Einige der Gefahren von Identitätspolitik, die aus feministischer und antirassistischer Sicht benannt werden, lassen sich anhand der folgenden, aus den 1990er Jahren stammenden Aussage von Erica Burman (1994: 169) verdeutlichen:

[T]he dangers of identity politics are that they threaten to decouple introspection from action; to level out oppressions (including those between women); that they fragment women into a potentially infinite regress of ‚different‘ positions, making it difficult to elaborate a basis for common organization, and ushering in the solipsism of dissipated but nevertheless still highly individualized [...] subjectivity.

Neben verschiedenen Gefahren, die letztlich auf eine Individualisierung bzw. „Vereinzelung“ und die De-Politisierung sozialer Bewegungspraxis hinausließen, wird hier die mit Identitätspolitik verknüpfte Gefahr ausgemacht, dass Unterdrückung als relevanter Bezugspunkt aus dem Blick zu geraten drohe. Burman schreibt mit Blick auf die Verschiebung von Unterdrückung zu Differenz: „Treating identities as essences naturalizes and thereby exoticises difference and draws attention away from structural relationships that give rise to those positions“ (ebd.: 171).

Anders als die von mir zitierten Äußerungen Burmans nahezulegen scheinen, sind die affirmative Behauptung von wesenhaften Identitäten und das Exotisieren und Zelebrieren von Differenz im Rahmen von Identitätspolitiken keineswegs gesetzt: weder im wissenschaftlichen Diskurs noch in sozialer Bewegungspraxis. Sie stellen nur *eine* Möglichkeit der praktischen Bezugnahme auf Identität dar (und auch Theoriearbeit ist Praxis). So lassen sich grob – und letztlich auch nur idealtypisch – essentialistische Identitätspolitiken von nicht-essentialistischen Varianten unterscheiden, deren Unterschiedlichkeit sich unter anderem darin manifestiert, welches Gewicht jeweils dem *Zelebrieren der Einzigartigkeit einer Gruppe* und der *Analyse der partikularen Unterdrückung einer Gruppe* eingeräumt wird (Woodward 1997: 24). Mit Stuart Hall (2012a [1991]; 2012b [1992]) wäre statt von Varianten von Identitätspolitik wohl besser von unterschiedlichen Momenten die Rede, die zwar zu unterschiedlichen Zeitpunkten ihren Anfang nahmen, sich aber keineswegs ablösten. Betrachtet man empirische Formen und Praktiken von Identitätspolitik, dann gibt es (auch) heute keineswegs nur essentialistische Identitätspolitiken, sondern in vielerlei sozialer Bewegungspraxis spielen anti-essentialistische Ideen eines politisch artikulierten Wir eine tragende Rolle.

Ich finde es enorm wichtig, die Vielfalt an praktischen Aushandlungsweisen von Identität, die sich in sozialer Bewegungspraxis entfaltet, zu berücksichtigen und auch empirisch zu erforschen. Narzanin Massoumi (2015: 21) benennt klar, worum es dabei geht:

Oppressed groups develop definitions of their identities as groups *within political action*; this involves collective interpretation and debate [...]. Oppressed groups, who mobilize as oppressed groups, do not simply translate personal experience into political action in unreflective and essentialist ways; definitions of these activities emerge through a process of collective negotiation. (Hervorh. im Orig.)

Identitäten wären somit konzeptuell als (Zwischen-)Produkte – Effekte – sozialer Bewegungspraxis und nicht als deren vorgängige, gar essentielle, Grundlage zu betrachten. Wie etwa Nira Yuval-Davis (2006: 197) betont, seien Identitäten individuelle und kollektive Narrative, die Antworten auf die Frage geben, „wer bin ich/sind wir?“. Diese Antworten sind empirisch betrachtet niemals in Stein gemeißelt, bedürfen sie doch steter Reproduktion (in Form kritischer Aushandlung oder im Modus der Bestätigung); nichtsdestotrotz können sie homogenisierende und exkludierende Effekte zeitigen. Wie Sabine Hark (1996: 26) vermerkt, könne Identitätspolitik durchaus Teil des Problems sein, „das sie angetreten war zu lösen“:

Denn die fundierende Geste identitätspolitischer Strategien birgt immer die Gefahr, daß ‚lesbisch‘ aufhört eine Frage zu sein und Identität als normatives Ideal fungiert. Identitätspolitik kann insofern dazu dienen, all diejenigen auszuschließen bzw. zu ignorieren, die nicht die Identitätsanforderungen und -bedingungen erfüllen (ebd.).

Identitäten müssten stattdessen „Schauplätze des Streits und der Revision, Arenen der kontingenaten *Artikulation* sozialer Antagonismen“ (ebd.: 140; Hervorh. im Orig.) bleiben. Und sie können diese Schauplätze sein! Sogar Paula-Irene Villa Braslavsky (2020a: 75) geht davon aus, dass Identität und Identitätspolitik „Formen, Modi und Möglichkeiten [sind], sich mit der eigenen Positioniertheit auseinanderzusetzen.“ „Sogar“ schreibe ich deshalb, weil die heute bekannte Kritik an einem *positionalen Fundamentalismus*¹⁰ maßgeblich mit dem Namen der Forscherin verknüpft ist – und folglich eine der wohl prägnantesten Kritiken an manch aktueller identitätspolitischer Praxis innerhalb queer-feministischer und antirassistischer Kontexte. Wie Villa Braslavsky (2020a: 74) betont: „Soziale Positioniertheit ergibt nicht zwangsläufig eine ‚Identitätsposition‘. Das wird nicht selten verkannt, und darum ergibt die Kritik an ‚identity politics‘ an dieser Stelle durchaus Sinn.“ Damit gilt als tendenziell problematisch, wenn im Rahmen von Identitätspolitiken von sozialem Standort auf einen politischen – oder allgemeiner: epistemischen – Standpunkt kurzgeschlossen wird (Singer 2005: 174–175) und wenn „die Positionen der Einzelnen in der Gesamtstruktur der Ungleichheit unmittelbar von den Ungleichheitskategorien [...] („Rasse“; Geschlecht, Klasse, Begehren, Trans/

10 Ein positionaler Fundamentalismus zeichnet sich dadurch aus, dass er in „vereinfachender und falscher Weise von sozialer Position auf politische oder individuelle Position deterministisch kurzschießt“ (Villa Braslavsky 2020b: o.S.). Ein solcher Kurzschluss ist im Kontext von Identitätspolitiken aber keine Zwangsläufigkeit.

Cis“ (Lenz 2019: 411) selbst abgeleitet und ihnen zugeschrieben wird. Ilse Lenz spricht von *positionaler Intersektionalität*, welche in ihren dogmatischen Formen dem benannten positionalen Fundamentalismus entspräche (ebd.).

Wenn man nun nicht nur, wie durchaus üblich, Solidarität dynamisch fasst – etwa „als das Ringen um das Gemeinsame“ (Bargetz/Scheele/Schneider 2019: 16) –, sondern auch Identität, dann stehen sich Solidarität und Identitäts-politik nicht unversöhnlich gegenüber. Burman (1994: 155) argumentiert etwa „for the importance of retaining a notion of *identity as a political category*, taking this as describing a partial, transitory and temporary position to promote change and alliances rather than enclosure and division“ (meine Hervorh.). Ich gehe davon aus, dass Identitätspolitik für Solidarität und Bündnispolitiken in sozialen Bewegungen zentral sein kann, fasst man jene Praxis als Identitätspolitik, die im Rahmen intersektionaler Konflikte bewegungsinternen ‚Unsichtbarkeiten‘ und Diskriminierungen begegnet und dabei nicht zuletzt auch Prozesse der Selbst-Verständigung am Laufen hält.

6. Intersektionale Konflikte und Solidarität

Als ich im Oktober 2021 an meinen Vorbereitungen zu dem Vortrag saß, auf den der vorliegende Text aufbaut, und überlegte, wie Identitätspolitik als produktives Moment in sozialer Bewegungspraxis greifbar werden kann, brachte es Josephine Apraku auf der Online-Veranstaltung „Identitätspolitik und Rassismus: Positionen, Konzepte, Ideen“, veranstaltet von der Jungen AFK¹¹, wie folgt auf den Punkt: „Auch in linken Kämpfen, die sich häufig auch als universalistisch verstehen, finden Diskriminierungen statt – und Identitätspolitik rückt das in den Blick“ (eigene Mitschrift). Identitätspolitik käme damit in sozialer Bewegungspraxis die Aufgabe zu, kritisch zu (hinter-)fragen, wie sich Herrschaftsverhältnisse nicht nur in der Gesellschaft ‚als Ganzes‘, sondern auch ‚in den eigenen Reihen‘ auswirken (ähnlich Ganz 2019: 168). Partikularismen – oder eben: intersektionale Positionierungen¹² – innerhalb der eigenen

11 AFK steht für Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung.

12 Identitätspolitik gemeinsam mit Intersektionalität zu denken, liegt bereits deshalb nahe, weil eine der frühesten schriftlichen Verwendungen von *identity politics* zugleich als eine der ersten Ausformulierungen der „intersektionalen Grundeinsicht“ (Kerner 2010: 312) gelten kann: namentlich das Statement des Combahee River Collective aus dem Jahr 1977. Um nur eine von vielen bemerkenswerten Passagen herauszugreifen (hier in der deutschen Übersetzung): „Die politischen Bewegungen, die der unseren vorausgingen, stuften die Befreiung aller anderen ganz offensichtlich würdiger als die unsrige ein. Wir lehnen es ab, auf Podeste gestellt zu werden, als König*innen behandelt zu werden sowie zehn Schritte hinter anderen

Bewegungsräume in den Blick zu rücken und intersektionale Konflikte einzugehen, wäre zugleich etwas, das dem Gros emanzipatorischer Bewegungen, eigenen Ansprüchen folgend, gut zu Gesicht stünde. Und das obwohl mutmaßlich kaum etwas „mehr gefürchtet [wird] als plötzlich aufbrechende Konflikte über intersektionale Trennlinien, über Gewalt- und Diskriminierungserfahrungen innerhalb der eigenen identitätspolitischen Community“ (Susemichel/Kastner 2021: 37).

Identitätspolitik als bewegungsinterne Chiffre und Praxis zielt nicht unbedingt – genauer: kaum – auf Konsens, sondern kann stattdessen als ein Ausdruck dafür gelesen werden, dass intersektionale Positionierungen in sozialen Bewegungen benennbar und der kommunikativen Auseinandersetzung zugänglich gemacht werden. So kann der Fokus auf Intersektionalität mit den Worten von Jennifer Jihye Chun, George Lipsitz und Young Shin (2013: 923) in sozialer Bewegungspraxis dazu verhelfen, „to identify potential contradictions and conflicts, and to recognize split and conflicting identities not as obstacles to solidarity but as valuable evidence about problems unsolved and as new coalitions that need to be formed.“ Folglich können Identitätspolitiken potentiell produktiv sein bzw. wirken, *nicht obwohl* sie Konflikte ‚anfeuern‘, *sondern gerade weil* sie diesen nicht aus dem Weg gehen.¹³ Lenz (2019: 421–422) beobachtet, dass „[i]ntersektionale Konfliktkonstellationen in der Frauenbewegung [...] zu deren Erweiterungen, Veränderungen und dem Abbau von Ungleichheiten und so zu mehr Teilhabe in Bewegungen und der Gesellschaft“ führen könnten (vgl. auch Susemichel/Kastner 2018: 137).

Identitätspolitik begleitet – mitunter dezidiert und programmatisch – intersektionale Konflikte in sozialen Bewegungen und deren beständige Selbst-Verständigung. Sie hat das Potential, ein Verbunden-Sein bzw. Verbunden-Werden in Differenz zu befördern, das überhaupt erst über das Eingehen von (im Raum stehenden) Konflikten denkbar und ermöglicht wird. Inwiefern ‚identitätspolitische Konflikte‘ produktiv wirken und konstruktiv ausgetragen bzw. bearbeitet werden können, ist indessen eine empirische Frage.¹⁴ Denn sie

zu laufen. Es reicht uns aus, wenn uns andere als gleichwertige Menschen begegnen“ (Combahee River Collective 2019 [1977]: 51–52).

- 13 Mit Friedericke Landau (2019: 213) lässt sich „Konfliktualität nicht nur als Thema, Tragfläche oder Treibstoff sozialer Bewegungen, sondern als konstitutives (Be-)Gründungsmerkmal sozialer Bewegungen“ denken. Es geht (mir) dennoch nicht darum, ein ‚Konflikte-Schüren‘ zu romantisieren. Denn das Ausfechten von (nicht nur eskalierten) Konflikten frisst unfraglich erhebliche – neben zeitlichen etwa auch emotionale – Energien und hinterlässt nachhaltig Spuren.
- 14 Die Konstruktivität von Konflikten hängt von den konkreten Austragungs- und Bearbeitungsformaten ab (zum Unterschied: Lustig et al. 2021). Wir wissen noch zu wenig über Erfahrungen (Erfolge und Misserfolge), die hierzu schon in sozialen Bewegungen gemacht wurden. Zumindest wurden meines Wissens bestehende, wissenschaftlich bereits aufgearbeitete Erfahrungswerte bislang noch nicht systematisch und zusammenführend betrachtet.

bergen, wie Konflikte allgemein, das Risiko der Eskalation und sozialer Spaltung. Von großer Relevanz ist damit der folgende Hinweis – ich lese ihn als Aufruf – von bell hooks (1986: 125): „Radical commitment to political struggle carries with it the willingness to accept responsibility for using conflict constructively, as a way to enhance and enrich our understanding of one another, as a guide directing and shaping the parameters of our political solidarity.“

Literatur

- Ayyash, Lorenz Abu (2019): Editorial. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ) 9-11 (Thema: Identitätspolitik), S. 3.
- Bargetz, Brigitte/Scheele, Alexandra/Schneider, Silke (2019): Umkämpfte Solidaritäten. Einleitung. In: Femina Politica – Zeitschrift für feministische Politikwissenschaft 28, 2, S. 9-25.
- Burman, Erica (1994): Experience, Identities and Alliances: Jewish Feminism and Feminist Psychology. In: Feminism & Psychology 4, 1, S. 155-178.
- Chun, Jennifer Jihye/Lipsitz, George/Shin, Young (2013): Intersectionality as a Social Movement Strategy: Asian Immigrant Women Advocates. In: Journal of Women in Culture and Society 38, 4, S. 917-940.
- Combahee River Collective (2020 [1977]): Ein Schwarzes feministisches Statement (1977). In: Kelly, Natasha A. (Hrsg.): Schwarzer Feminismus. Grundlagenexte. Münster: Unrast Verlag, S. 47-60.
- Ganz, Kathrin (2019): Kollektive Identitäten als Koalitionen denken. Intersektionalität in der sozialen Bewegungsforschung. In: Vey, Judith/Leinius, Johanna/Hagemann, Ingmar (Hrsg.): Handbuch Poststrukturalistische Perspektiven auf soziale Bewegungen. Bielefeld: transcript Verlag, S. 168-183.
- Hall, Stuart (2012a [1991]): Alte und neue Identitäten, alte und neue Ethnizitäten. In: ders.: Rassismus und kulturelle Identität. Ausgewählte Schriften, 2. Neuauflage. Hamburg: Argument Verlag, S. 66-88.
- Hall, Stuart (2012b [1992]): Neue Ethnizitäten. In: ders.: Rassismus und kulturelle Identität. Ausgewählte Schriften, 2. Neuauflage. Hamburg: Argument Verlag, S. 15-25.
- Hark, Sabine (1996): Deviante Subjekte: Die paradoxe Politik der Identität. Wiesbaden: VS Verlag.
- hooks, bell (1986): Sisterhood: Political Solidarity between Women. In: Feminist Review 23, 1, S. 125-138.
- Kerner, Ina (2010): Intersektionalität. In: Peripherie 118/119, 30, S. 312-314.
- Landau, Friedericke (2019): A(nta)gonistische Artikulation. Ein postfundamentalistischer Zugang zu sozialen Bewegungen. In: Vey, Judith/Leinius, Johanna/Hagemann, Ingmar (Hrsg.): Handbuch Poststrukturalistische Perspektiven auf soziale Bewegungen. Bielefeld: transcript Verlag, S. 212-228.
- Lenz, Ilse (2019): Intersektionale Konflikte in sozialen Bewegungen. In: Forschungsjournal Soziale Bewegungen (FJSB) 32, 3, S. 408-423.

- Lilla, Mark (2019): Mehr Bürgersinn, weniger Gruppendenken. Interview mit Mark Lilla. In: Richardt, Johannes (Hrsg.): *Die sortierte Gesellschaft. Zur Kritik der Identitätspolitik*. Frankfurt am Main: Novo, S. 35-42.
- Lustig, Sylvia/Pauls, Christina/Weller, Christoph/Zöhrer, Michaela (2021): Wenn es knallt. Konfliktforschung und Konfliktberatung im Dialog. In: Großmann, Katrin/Budnik, Maria/Haase, Annegret/Hedtke, Christoph/Krahmer, Alexander (Hrsg.): *An Konflikten wachsen oder scheitern? Beiträge zur Reflexion eines komplexen Phänomens*. Erfurt: Eigenverlag der Fachhochschule Erfurt, S. 173-190.
- Massoumi, Narzanin (2015): Muslim Women, Social Movements and the ‚War On Terror‘. New York, NY: Palgrave.
- Purtschert, Patricia (2017): Es gibt kein Jenseits der Identitätspolitik. Lernen vom Combahee River Collective. In: *Widerspruch: Beiträge zu sozialistischer Politik* 36, 69, S. 15-22.
- Richardt, Johannes (2018): Streitkultur statt Schubladendenken. In: ders. (Hrsg.): *Die sortierte Gesellschaft. Zur Kritik der Identitätspolitik*. Frankfurt am Main: Novo, S. 6-10.
- Scherr, Albert (2021): Rassismuskritik als Identitätspolitik? Anfragen an ein allzu einfaches Weltbild und seine Kritik. In: *Sozial Extra* 45, S. 354-360.
- Schubert, Karsten/Schwartz, Helge (2021): Konstruktivistische Identitätspolitik. Warum Demokratie partikulare Positionierung erfordert. In: *Zeitschrift für Politikwissenschaft* 31, 4, S. 565-593.
- Singer, Mona (2005): Geteilte Wahrheit. Feministische Epistemologie, Wissenssoziologie und Cultural Studies. Wien: Löcker.
- Singer, Mona (2020): „Man kann sich nur als das wehren, als was man angegriffen ist.“ Zur Debatte um Identitätspolitik und politische Korrektheit. In: *Jahrbuch für Pädagogik* 2018, 1, S. 87-100.
- Strauß, Simon (2019): Bürgerliche Bekenntniskultur statt Identitätspolitik. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ)* 28, 9-11 (Thema: Identitätspolitik), S. 4-9.
- Susemichel, Lea/Kastner, Jens (2018): Identitätspolitiken. Konzepte und Kritiken in Geschichte und Gegenwart der Linken. Münster: Unrast Verlag.
- Susemichel, Lea/Kastner, Jens (2021): Unbedingte Solidarität. Münster: Unrast Verlag.
- van Dyk, Silke (2019): Identitätspolitik gegen ihre Kritik gelesen. Für einen rebellischen Universalismus. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ)* 28, 9-11 (Thema: Identitätspolitik), S. 25-32.
- Villa Braslavsky, Paula-Irene (2020a): Identitätspolitik. In: *POP* 9, 1, S. 70-76.
- Villa Braslavsky, Paula-Irene (2020b): Wir brauchen neue Debatten zur Identitätspolitik. In: Tagesspiegel, Causa, 14. Januar 2020. <https://causa.tagesspiegel.de/gesellschaft/spaltet-identitaetspolitik-die-gesellschaft/wir-brauchen-neue-debatten-zur-identitaetspolitik.html> [Zugriff: 09.07.2022].
- Watty, Christine/Thomey, Emily (2021): Das I-Wort: Warum streiten alle über Identitätspolitik? In: Deutschlandfunk Kultur. <https://www.deutschlandfunkkultur.de/gender-und-rassismus-debatten-das-i-wort-warum-streiten-100.html> [Zugriff: 09.07.2022].
- Woodward, Kathryn (1997): Concepts of Identity and Difference. In: dies. (Hrsg.): *Identity and Difference*. London: SAGE, S. 7-61.
- Yuval-Davis, Nira (2006): Intersectionality and Feminist Politics. In: *European Journal of Women's Studies* 13, 3, S. 193-209.